

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



Veranstaltung
VDGG-Mitgliederversammlung 2012
50. Jubiläum DGG Hannover
23.03.2012

Michael Vassiliadis
Vorsitzender IG Bergbau, Chemie, Energie

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident Petsalnikos,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Weil,
sehr geehrte Frau Dr. Skarpelis-Sperk,
sehr geehrte Frau Filippou,

Kalimera und guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist mir eine Ehre und Freude als Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, der drittgrößten Gewerkschaft Deutschlands, auf dem Empfang zum fünfzigjährigen Jubiläum der Deutsch-Griechischen-Gesellschaft Hannover zu Ihnen sprechen zu dürfen. Für mich ist dies heute fast ein Heimspiel, da Hannover nicht nur der Sitz der IG BCE ist, sondern auch, weil ich in Hannover arbeite und lebe.

Und als Sohn eines griechischen Vaters und einer deutschen Mutter verfüge ich selbst über das, was man heute als „Migrationshintergrund“ bezeichnet.

Mein Vater kam 1962 aus Athen nach Deutschland um in Essen im Kohlebergbau zu arbeiten. Während der Kohlekrise Mitte der 1960er Jahre wechselte er ins Rheinland zur Bayer AG nach Dormagen. Zwar hatte er immer den Traum wieder nach Griechenland zurückzukehren, aber letztlich blieb er in Deutschland.

Obwohl ich in Deutschland geboren wurde und Deutschland meine Heimat ist, bin ich mir meiner zweiten Heimat und meinen griechischen Wurzeln immer bewusst gewesen. Aber ich kann ihnen glaubhaft versichern, dass ich noch nie so oft auf meinen griechischen Nachnamen angesprochen wurde wie in den letzten zweieinhalb Jahren.

Ich fände es eher amüsant, wenn es nicht einen so ernsten Hintergrund hätte.

Denn dass die deutsch-griechischen Beziehungen einmal so starken Spannungen ausgesetzt sind wie heute, und dass in Teilen der Medien und der Politik in beiden Ländern längst vergessene Stereotypen und Feindbilder wieder auftauchen, hätte sich bei der Gründung der DGG Hannover 1962 niemand vorstellen können.

War sie doch ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, die neugriechische Kultur bekannt zu machen, aktuelle Themen des damaligen Griechenlands aufzugreifen und letztlich zur Verständigung von Deutschen und Griechen in Hannover beizutragen. Denn die Wunden des Zweiten Weltkrieges waren auf beiden Seiten noch frisch und verlangten ein vorsichtiges Herantasten von Griechen und Deutschen.

Aber neben kulturellen Themen leistete die DGG auch praktische Hilfe bei der Suche nach Wohnungen, Arbeit und Kontakten für die griechischen Neuankömmlinge.

Heute umfassen ihre Veranstaltungen ein Spektrum von geschichtlichen Themen über Kultur bis hin zu geselligen Veranstaltungen. War die frühe Phase der Deutsch-Griechischen Gesellschaften eher von humanistisch gebildeten Deutschen bestimmt, so sind es heute neben dieser Gruppe auch in Deutschland aufgewachsene Griechen, griechische Akademiker und auch deutsch-griechische Misch-Ehen.

Da wir seit 2010 wieder einen verstärkten Zuzug – auch von vielen Hochqualifizierten - aus Griechenland haben, glaube ich, dass Sie sich um Ihren griechischen Nachwuchs keine großen Sorgen machen müssen.

Das mussten Sie sich in Ihrem Gründungsjahr wohl auch nicht, war doch zwei Jahre zuvor das deutsch-griechische Anwerbeabkommen unterzeichnet worden und die ersten griechischen Arbeitskräfte kamen in die noch junge Bundesrepublik. Bereits ein Jahr später, also 1961, formierten die deutsch-griechischen Gesellschaften ihren Dachverband VDGG.

Für viele Griechen, die nach Deutschland kamen, war der Wunsch, später wieder in die Heimat zurückzukehren, stark ausgeprägt.

Aber zunächst ging es darum, in Deutschland zu arbeiten um Geld zu verdienen und der Familie in Griechenland ein bisschen davon zu schicken, damit auch sie in der Heimat besser leben konnten.

Für Deutschland ging es darum, mit den sogenannten „Gastarbeitern“ die immer größere Arbeitskräftelücke während des Wirtschaftswunders zu schließen. Die Periode der Gastarbeiter in der Anwerbephase von 1955 bis 1973 hat Deutschland nachhaltig verändert. Es ist ein wichtiges Kapitel in der Geschichte unseres Landes und auch der Gewerkschaften.

Das ist Grund genug für uns, einmal auf die vergangenen fünfzig Jahre zurückzublicken, aber auch einen Blick in die Zukunft zu richten.

Historisch gesehen hat es schon lange Wanderungsbewegungen in Europa gegeben; und mit der Industrialisierung haben sie sich intensiviert.

Die Gründe für Auswanderung oder Einwanderung sind im Laufe der Jahrhunderte ziemlich gleich geblieben:

Es sind Armut, Flucht vor politischer, ethnischer oder religiöser Verfolgung, Krieg und Vertreibung, aber auch die Aussicht auf ein besseres Leben, das die Menschen bewegt, ihre Heimat zu verlassen.

Gab es auch vor dem Zweiten Weltkrieg Auswanderungsbewegungen aus Griechenland, vor allem in die USA, war nach 1945 Europa das Hauptziel.

Für Deutschland war der Zuzug ausländischer Arbeitsmigranten von zentraler Bedeutung um das seit Mitte der 1950er Jahre einsetzende Wirtschaftswunder fortführen zu können.

Denn die Verlängerung der Ausbildungsdauer, die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit von durchschnittlich 46,1 auf 41,6 Wochenstunden sowie der Eintritt der geburtenschwachen Nachkriegsjahrgänge ins Erwerbsleben wirkten sich negativ auf das Arbeitskräfteangebot aus. Auch die Einführung der Wehrpflicht 1955 und der Bau der Mauer 1961 ließen das Arbeitskräftepotenzial schwinden.

So gab es im April 1960 zirka 453 000 unbesetzte Arbeitsplätze im Bundesgebiet. Hingegen gab es in den Mittelmeerländern, wie z. B. Griechenland, ein Überangebot an Arbeitskräften, sodass auch die Herkunftsländer der sogenannten "Gastarbeiter" ein Interesse daran hatten Arbeitskräfte zu exportieren und die Beschäftigungsprobleme einschließlich der damit verbundenen sozialen Spannungen zu verringern. Dass dieser Prozess in den Herkunftsländern auch negative Folgen hervorrief, steht auf einem anderen Blatt.

Für Deutschland war der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte eine Art zweiter Marshallplan; ein zweites Geschenk nach dem Zweiten Weltkrieg. So konnten die Deutschen mit ihren unzweifelhaften wirtschaftlichen Tugenden ihr Land wieder aufbauen und zu einer Blüte führen, die 1945 niemand für möglich gehalten hat.

Auch in den Branchen, in denen die IG BCE zuständig ist wie etwa die Chemieindustrie, waren die griechischen Arbeitsmigranten schon früh vertreten.

Zum Beispiel bei der BASF in Ludwigshafen. 1960 lag die Arbeitslosenquote in Ludwigshafen bei 1,3 Prozent und Arbeitskräfte waren kaum noch zu bekommen.

So kamen dann auch 1960 die ersten ausländischen Arbeitnehmer zur BASF. Die meisten von ihnen aus Italien, Griechenland und später auch aus dem damaligen Jugoslawien. Über tausend Griechen fanden dort bis 1975 bei der BASF einen Arbeitsplatz. In den 1960er Jahren arbeiteten die meisten Gastarbeiter in der Industrie. Meist dort, wo schwere und schmutzige Arbeit verrichtet werden musste, wo Schichtarbeit und Akkordlohn den Arbeitsalltag bestimmten. Kurz: Es war eine harte und schmutzige Arbeit.

Hinsichtlich der betrieblichen Mitbestimmung gab es innerhalb der BASF seit 1972 einen „Ausländer-Ausschuss“, der einmal im Monat tagte und eine beratende Funktion ausübte. Griechische Kollegen, die Mitglied der damaligen IG Chemie waren, arbeiteten bei den Vertrauensleuten mit.

Die deutschen Gewerkschaften waren, was die Integration der zugewanderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeht, führend in Europa und haben ihre Aufgabe, meine ich, vorbildlich und ohne großes Aufsehen erledigt. Aber natürlich war dies eine große Herausforderung.

Dies ging auch nicht ohne Konflikte vonstatten. Ressentiments gegenüber den Ausländern gab es natürlich auch in der deutschen Arbeiterschaft.

Hier mussten die deutschen Gewerkschaften hart arbeiten, um diese Ressentiments auch in der eigenen Mitgliedschaft abzubauen. Von alleine löst sich so etwas nicht.

Es gab viele Aktionen, um die Frage der Integration voranzubringen. Die bekannteste davon startete unter dem Slogan „Mach meinen Kumpel nicht an“, der heute ein eigener Verein ist. Hier ging es darum, ausländische Übergriffe und Schmähungen abzuwehren.

Es ging darum zu zeigen, wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer halten zusammen. Dafür gibt es einen traditionellen Begriff: die Solidarität. Eine Solidarität, die nicht danach fragt, woher kommst du, sondern eine Solidarität, die meint: Wir arbeiten zusammen, wir halten zusammen.

Und lassen Sie mich noch kurz eine Zwischenbemerkung machen: Zu Zeiten der griechischen Militärjunta, der Obristenherrschaft von 1967 – 1974 weitete sich diese Solidarität aus. Nicht nur die griechischen Gastarbeiter, sondern auch der griechische Widerstand gegen die Diktatur wurde wesentlich von der deutschen Sozialdemokratie, den deutschen Gewerkschaften und der evangelischen Kirche unterstützt.

Deutschland und Griechenland verbindet seither eine tiefe Freundschaft. Dies sollten wir nie aus den Augen verlieren!

Natürlich gab es für die deutschen Gewerkschaften neben dem menschlichen Aspekt auch wirtschaftliche Aspekte für die Integration ausländischer Beschäftigter. Das Ziel der deutschen Gewerkschaften war gewerkschaftliche Organisation der ausländischen Kolleginnen und Kollegen und eine gemeinsame Interessenvertretung. Dabei spielte der Schutz vor Lohndumping in den Diskussionen schon damals eine große Rolle.

Denn die Einbindung der „Gastarbeiter“ in das Tarifgefüge war eine ganz wichtige Voraussetzung um einen Unterbietungswettbewerb zu verhindern und die Vorstellung von einem besseren Leben in Deutschland für Einheimische wie Migranten zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir können mit Stolz feststellen, dass unsere interkulturellen Kolleginnen und Kollegen in der IG BCE hervorragend organisiert sind; in manchen Betrieben sogar besser als deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bei der IG BCE sind zirka acht Prozent der Mitglieder Ausländer. Mitglieder mit Migrationshintergrund sind es viel mehr. Momentan können wir dies aber noch nicht quantifizieren. Wir schätzen es sind weit mehr als 10 %.

Was die griechischen Kolleginnen und Kollegen betrifft, haben wir zirka 2300 Mitglieder, gleich 4,3 % der ausländischen Mitglieder.

Seit langem sind interkulturelle Kolleginnen und Kollegen, auch viele Griechinnen und Griechen, aktive Mitglieder auf allen Ebenen. Sie sind nicht nur gute Betriebsräte und Vertrauensleute, sie sind in den Vorständen der Ortsgruppen und Vertrauensleutkörper der Bezirke und Landesbezirke vertreten, sie sind Delegierte auf Gewerkschaftskongressen und Konferenzen.

Die Integration in das Arbeitsleben und die Gesellschaft wurde von den Gewerkschaften, aber natürlich auch den Kirchen vorangetrieben. Dies bereits zu einer Zeit, in der der Staat dieses Thema und den Konfliktstoff gar nicht gesehen hat oder nicht sehen wollte.

„Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen“ um ein Zitat des Schriftstellers Max Frisch aufzugreifen. Hier hat die Zivilgesellschaft viel früher als die Politik ihre Verantwortung erkannt und ist ihr - so gut es ging - gerecht geworden.

Denn die stärkste Kraft der Integration ist das Arbeitsleben selbst. Hier kamen Deutsche und Ausländer viel stärker in Berührung, als dies damals in der Freizeit möglich war. Deutsch-Griechische Gesellschaften mögen hier eine rühmliche Ausnahme darstellen. Am Arbeitsplatz wurden aus Deutschen und Migranten Kolleginnen und Kollegen. Und dies ist eine Leistung beider Seiten. Und die Integration der Griechen in Deutschland ist gelungen, ohne dass die Griechen sich verleugnet oder ihre kulturellen Eigenheiten aufgegeben hätten. Die Vielzahl griechischer Vereine belegt dies. Die Griechen galten den deutschen Behörden deshalb als „Unauffällige Minderheit“.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ohne die Probleme und Schwierigkeiten zu verniedlichen, die es selbstverständlich auch bei uns gegeben hat:

Wir Gewerkschaften können eine gute Bilanz vorweisen. Eine Bilanz, die auf Akzeptanz und Verständigung beruht. Eine Bilanz, in deren Mittelpunkt das friedliche Miteinander am Arbeitsplatz, in unserer gemeinsamen Gewerkschaft und zu Hause in der Nachbarschaft steht.

Diese Erfolgsgeschichte wäre nie geschrieben worden, wenn es nicht all die vielen Kolleginnen und Kollegen - mit Migrationshintergrund genau so wie deutsche - gegeben hätte, die sich tagtäglich für dieses Miteinander einsetzen.

Und dies ist doch auch ein Erfolg Deutsch-Griechischer Gesellschaften wie z. B. in Hannover, die sich auf ihrem Feld und mit ihren jeweiligen Möglichkeiten um das Miteinander und das gegenseitige Verständnis verdient gemacht haben.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Veranstaltung findet in einer Zeit statt, in der die Themen, mit denen wir uns seit Langem befassen, aktueller sind als je zuvor.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die sich immer wieder in unmenschlichen Gewaltakten entladen und in der Zwickauer Zelle mit ihren unfassbaren Morden an ausländischen Mitbürgern ihren traurigen Höhepunkt erreicht haben, zeigen uns, dass es immer noch Menschen in unserem Lande gibt, die gegen alle Regeln des menschlichen Zusammenlebens, gegen die elementarsten Grundsätze unserer demokratischen Gesellschaft verstoßen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Deutschland darf kein Klima der Intoleranz gegen Minderheiten entstehen. Notwendig sind Respekt und Sicherheit für alle.

Die deutschen Gewerkschaften bekämpfen Ausländerfeindlichkeit und treten für Menschlichkeit und Toleranz ein. Rechtsextremismus muss von unserem Staat entschlossen und mit der notwendigen Härte bekämpft werden. Wir fordern deshalb zum wiederholten Male das Verbot der NPD.

Die Zivilcourage der Menschen muss gefördert werden. Schweigen und Übersehen bedeuten schon Dulden. Wegschauen und Ausweichen sind unsere Sache nicht. Wir zeigen Flagge.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

was im Betrieb und in der Gewerkschaft erfolgreich gelungen ist, ist in derselben Weise nicht in allen Lebensbereichen gelungen.

Von einer gleichberechtigten Integration unserer interkulturellen Mitbürgerinnen und Mitbürger in allen gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen können wir leider auch heute immer noch nicht sprechen.

Jahrzehnte versteckte sich die deutsche Politik hinter der Formel: Deutschland ist kein Einwanderungsland.

Das hat sich nach vielen Anläufen inzwischen geändert.

Mittlerweile wird akzeptiert, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist.

Europaweit setzt sich die Erkenntnis durch, dass auch angesichts der Alterung der Bevölkerung und des Mangels an qualifizierten Arbeitnehmern eine aktive Einwanderungspolitik erforderlich ist.

Denn moderne Gesellschaften sind durch den globalen Austausch von Waren, Dienstleistungen und Informationen sowie durch dauerhafte und temporäre Einwanderung geprägt.

Zukunftsfähig sind Staaten, die die Einwanderung auch als Gestaltungselement zur Bewältigung der demografischen Herausforderung betrachten.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich ganz kurz auf die Krise Europas und insbesondere Griechenlands eingehen.

Natürlich muss Griechenland vor allem selbst sehen wie es strukturelle Schwächen in seiner Finanzpolitik beseitigt und die enorme Staatsverschuldung abbaut. Diese Verantwortung kann Griechenland niemand abnehmen.

Aber es muss fair bleiben!

Denn man darf nicht vergessen, dass ohne Rettungsprogramme für Banken und Realwirtschaft Länder wie Griechenland oder auch Spanien und Portugal heute nicht in so großen Schwierigkeiten wären.

Die gesamte Debatte um die „griechische Tragödie“ wird in Deutschland leider von einigen Medien und Politikern auf einem bemerkenswerten, niedrigen ökonomischen Niveau unter Außerachtlassung der Komplexität der weltweiten Zusammenhänge geführt. Was dort in einigen Medien zu lesen war und das beredte Schweigen vieler Verantwortlicher in Politik und Gesellschaft zu diesen unglaublichen Verleumdungen, spricht Bände. Wie kann man in Deutschland nach all seinen Erfahrungen so arrogant und überheblich sein? Dieser entsetzliche Populismus war doch ein kommunikatives Desaster und hat alle Rettungsversuche von vornherein massiv belastet. Damit wurde nichts besser und es traten Wesenszüge hervor, die doch längst vergessen geglaubt waren und einen Tabubruch sondergleichen markierten.

Bisher habe ich eher den Eindruck, dass man mit dem Zeigefinger auf Griechenland zeigt, um von den Ursachen, den notwendigen Re-Regulierungen des weltweiten Finanzsystems und der Frage abzulenken, wer denn die unglaublich hohen Schäden, die unverantwortliche Spekulation und Gier ausgelöst haben, letztlich bezahlen soll.

Ausgelöst wurde die gesamte Misere doch durch ein turbokapitalistisches Wirtschaftsmodell, das auf Kurzfristigkeit statt auf Nachhaltigkeit setzt. Wenn in den USA beispielsweise Menschen zum Kauf von Immobilien verführt wurden, die über fast kein Eigenkapital verfügten und deren einzige Sicherheit der Glaube an eine stetige Wertsteigerung der Immobilie und ein Sinken der Zinsen war, so hatte dies mit solidem Wirtschaften nichts mehr zu tun. Das Platzen der Immobilienblase und ihre weltweiten eruptiven Folgen sind doch noch heute zu spüren. Souveräne Staaten konnten sich aus eigener Kraft plötzlich nicht mehr refinanzieren.

Natürlich dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass Griechenland eine Reihe von systemischen Schwächen in seiner Wirtschaft und Gesellschaft aufweist, die es dringend und schon seit mehr als einem Jahrzehnt angehen muss.

Aber die Leidtragenden des schlechten Funktionierens des Staates und seiner Dienstleistungen sind die Bewohner Griechenlands selbst. Dies wird häufig vergessen, wenn darüber lamentiert wird, dass Griechenland seine europäischen Partner hinters Licht geführt habe. Dies ist leider teilweise wahr. Aber die ersten, die jahrelang hinters Licht geführt wurden, und nun auch noch die Zeche dafür zu zahlen haben, sind eben die Griechen selbst!

Und gerne wird vergessen, dass der Auslöser der Krise nicht die Griechen, sondern die unverantwortlichen und entfesselten Finanzmärkte waren.

Die Finanzmärkte und ihre Philosophie der Deregulierung und Entstaatlichung unterlaufen den Primat der Politik, was neben den wirtschaftlichen Konsequenzen auch ernste Legitimitätsfragen aufwirft.

Wenn also harte Maßnahmen fällig sind, dann wohl zuerst gegenüber den Akteuren des Finanzmarktes. Davon höre ich jedoch nur wenig oder Ausweichendes. Und notwendige Regelungen wie eine Finanztransaktionssteuer geraten in die Mühlen der Lobbyisten und werden verhindert.

Verschwiegen wird, was Griechenland stärker als andere Länder in die Krise brachte: seine sinkenden Staatseinnahmen.

Als Griechenlands konservative Regierung die Steuern senkte, war die EU-Kommission voll des Lobes. Heute ist die Kommission über die hohen Haushaltsdefizite indigniert.

Das Verhalten der EU-Kommission wie der Bundesregierung zeigt mir eher ein Politikversagen: Die Zuständigen waren und sind der anspruchsvollen Aufgabe, einer effektiven Antikrisenpolitik offensichtlich nicht gewachsen.

Wir müssen uns doch eher die Frage stellen, was ist das Gegenmodell zu der aktuellen Entwicklung? Wir müssen den positiven europäischen Gedanken aus seiner Gefangenschaft der Krisenfolgen befreien.

Eine Renationalisierung und Abschottung ist genau das Gegenteil dessen, was mit der europäischen Idee nach 1945 verbunden wurde. Die heutige EU ist eine Folge von 1945. Denn nach den Wunden der beiden furchtbaren Weltkriege, die doch in Europa ihren Ursprung hatten, war den Verantwortlichen klar, dass nur eine europäische Kooperation eine weitere Katastrophe dauerhaft verhindern könne. Dieses Plädoyer für Europa gegen alle nationalen Verengungen hat uns nicht nur einen jahrzehntelangen Frieden, sondern auch Wohlstand und Freiheit gebracht. Dies dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Europa muss wieder positiven wahrgenommen werden.

Wir müssen nun die richtigen Schritte unternehmen, die uns aus dieser verfahrenen Situation heraushelfen

Daher brauchen wir wachstumsfördernde Zukunftsinvestitionen gerade für die südlichen EU-Staaten. Nur durch Wachstum wird sich die steigende gesellschaftliche Kluft, gerade in krisengeschüttelten Ländern wie Griechenland verringern lassen. Welchen Effekt die Absenkung des Mindestlohnes oder der Abbau von Arbeitnehmerrechten für deren Staatshaushalte oder Wettbewerbsfähigkeit haben soll, bleibt mir schleierhaft. Die Zeche verfehlter staatlicher Politik scheinen wieder einmal die griechischen Bürgerinnen und Bürger zu zahlen, die schockartig ändern sollen, was über Jahrzehnte praktiziert wurde.

Der Konjunkturerinbruch in Griechenland fiel stärker aus als erwartet und nährt den Verdacht, dass das Kind nun mit dem Bade ausgeschüttet wird und das Land sich zu Tode spart. Ganz nach der Devise: Operation gelungen; Patient tot!

Eine reine Austeritätspolitik verstärkt aber eher die Krise und wird die Arbeitslosigkeit in Griechenland noch weiter anschwellen lassen. Und dies gilt vor allem für die Jugend, die ohne Perspektive ist. Wo bleibt hier die Verantwortung?

Die Rezession macht doch alle Einspareffekte bei den Staatsausgaben zur Makulatur. Als ein Land, das nach dem Zweiten Weltkrieg auch durch internationale Gelder massiv unterstützt wurde, sollte sich Deutschland dem Gedanken eines griechischen Marshallplans nicht verschließen. Wir erwarten sicherlich keine Wunder, aber damit würde Griechenland Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht. Denn es besteht die Gefahr, dass der ökonomischen Destabilisierung die politische Destabilisierung auf dem Fuße folgt. Aus der Finanzkrise wird eine Vertrauenskrise. Was dies heißt, kann sich jeder selbst ausmalen. Daher braucht Griechenland einen realistischen Zeitkorridor, in dem die Reformen umgesetzt werden müssen.

Und dies hilft am Ende nicht nur Griechenland, sondern auch dem Euro und letztlich auch der europäischen Idee. Denn wenn die Eurozone zerfällt, ist auch die EU am Ende. Dies wollen wir nicht. Wir müssen unsere europäische Verantwortung wahrnehmen. Und dies im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft, die auf Maß und Mitte, Gemeinwohlorientierung und das Befolgen von Regeln fußt. Und für Deutschland kann ich sagen, dass Elemente wie Tarifautonomie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung wichtig für die Ausprägung von Sozialpartnerschaft und sozialem Frieden sind.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sollten uns daher nicht in Schuldzuweisungen flüchten und jeder sollte an seinem Platz und mit seinen spezifischen Mitteln dazu beitragen, dass die Verständigung der Völker untereinander und vor allem auch im eigenen Land gelingt.

Eine wichtige Grundlage hierfür ist Wissen und Bildung. Wenn dazu noch eine Portion Herz und Wärme kommt, wird es gelingen.

Die Aktivitäten der Deutsch-Griechischen Gesellschaften sind ein gutes Beispiel hierfür.

Für dieses Engagement und die Übernahme von Verantwortung bedanken wir uns und ich wünsche allen im VDDG zusammengeschlossenen Gesellschaften, aber heute vor allem der DGG Hannover, alles Gute für die Zukunft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit